

Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 600. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 195. Zweite Ausgabe

Dienstag, 23. Dezember 1902. Geschäftsstelle in Halle a. S. Leipzigerstr. 57. Telefon-Nr. 158. Geschäftl. Dr. Walter Gehlen in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 23. Dezember.

*** Bund der Radikale und Nationalliberalen.** Der Bund der Radikale in der Provinz Hannover hat beschlossen, jedes Kompromiß mit den Nationalliberalen für die ganze Provinz abzulehnen. Er hat ferner erklärt, gern mit einer unabhängigen, niederrheinisch-vollständigen konservativen Vereinigung Schüller an Schüller stehen zu wollen. Die „Post“ bemerkt hierzu:

„Es das eine Annäherung an die Rechten bedeuten soll? Daß der Bund der Radikale in Hannover ein Zusammenschluß mit den Nationalliberalen abzulehnen würde, war allerdings vorzuziehen, da letztere bekanntlich den linken Flügel ihrer Partei zuzurechnen sind.“

*** Reichstagsdebatten.** Was wir nach einem Berliner Blatte mitgeteilt haben, legt thatsächlich in Sicht sein. An den maßgebenden Stellen seien die Debatten zurückgetrieben, welche bisher einer Genäußerung von Anwesenheitsgeldern an die Mitglieder des Reichstages entgegenstanden. Der Bundesrat werde daher noch im Laufe des Winters dem Reichstag beschließen. Vorgesetzt auf Genäußerung von Anwesenheitsgeldern, über den bisher eine Beschlußfassung im Bundesrat nicht stattgefunden hat, näherer und ihm voranschreitend mit sehr großer Mehrheit aufgenommen, jedoch sollen die Anwesenheitsgelder erst mit Beginn der nächsten Legislaturperiode gezahlt werden. Etwas weniger bestimmt lautet folgende Meldung, die dem „L.“, „von einer Seite, die sich nicht selten als wohlunterrichtet erweisen hat“, zugegangen ist:

„Die vom Bundesrat so oft abgelehnte Einführung von Reichstagsdebatten wird — in Form von Diktaten oder von Anwesenheitsgeldern — bereits beschlossene Sache sein. Demnach wird der Gegenstand der Beratung im Bundesrat werden. Es ist ja zur Genüge bekannt, daß die Gewährung von Diktaten auch von den leitenden Beamten Stellen der Reichsregierung schon längst für notwendig erachtet werden ist, aber der einzelne Bundesratler einen bisher unüberwindlichen Widerstand gefunden hat. Die Beamten der Reichsregierung weisen aber jetzt mit Nachdruck insbesondere darauf hin, daß die vom Kaiser als unmissverständlich bezeichnete Wahl von Diktatoren „nicht nur bei gleichzeitiger Berücksichtigung von Diktaten möglich ist, und gerade diese Form der Verhandlung dürfte sich bald als geeignet zur Vereinfachung der bisherigen Verfahren erweisen. Allerdings will man, soweit wie unternommen ist, von einer förmlichen Finanzreform dieser Frage im Bundesrat aus dem Willen absehen, weil auch der Frage zu vermeiden werden soll, als ob es sich um einen Zusammenhang mit den gegenwärtigen abgelehnten Reichstagsverhandlungen in direktem Zusammenhang steht.“

Was schon aus früheren Darlegungen hervorgeht, spricht die innere Wahrscheinlichkeit dafür, daß in der Diktatfrage in nächster Zeit etwas geschieht. Daß der Bundesrat dem ihm vorliegenden Reichstagsdiktat einhellig zustimmen wird, will der „Post“ dagegen fraglich beurteilen. Die innere Wahrscheinlichkeit wäre, daß der Bundesrat seinerseits dem Reichstag eine in seinem Sinne umgestaltete Vorlage macht. Seltener dürfte die Erlangung gemittelter Kompensationen, wie wir früher ausführten, in der Frage noch eine Rolle spielen.

*** Von der katholischen Fakultät in Straßburg.** Im Anschluß an die offizielle Mitteilung über das Abkommen mit der Kurie betreffend die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Kaiser-Wilhelms-Universität in Straßburg gibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Wortlaut des Abkommens nach dem amtlichen Organ der eiskatholischen Regierung, dem „Central- und Bezirks-Anstaltsblatt“ in Straßburg, wieder. Das genannte Blatt schreibt:

Am 5. Dezember 1902 haben der Saal-Vorstand des höchsten Studiens-Ratungsausschusses und der katholische Bischöfe ein gemeinsames Protokoll über die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Kaiser-Wilhelms-Universität in Straßburg. Die Konvention hat in der Vorberatung folgenden Wortlaut: Art. 1. Die wissenschaftliche Leitung der angehenden Fakultät erfolgt durch die katholisch-theologische Fakultät, welche an der dortigen Kaiser-Wilhelms-Universität zu errichten ist. Gleichzeitige wird das bischöfliche große Seminar fortzuführen und in demselben Seminar, welche dort die erforderliche Unterweisung auf allen Gebieten erlangen, die sich auf die Ausbildung des priesterlichen Amtes beziehen. Art. 2. In der Fakultät werden namentlich folgende Fächer vertreten sein: 1. Theologisch-theologische Propädeutik, 2. Dogmatik, 3. Moral, 4. Zoologie, 5. Kirchengeschichte, 6. Theologie des Mittelalters, 7. Theologie des Neuen Testaments, 8. Kanonisches Recht, 9. Patristik, 10. Kirchengeschichte. Art. 3. Die Ernennung der Professoren erfolgt nach vorbestimmtem Gutachten mit dem Bischof. Die Professoren haben, bevor sie in Funktion treten, die Professoren über die Formen und Regeln der Kirche eingehend, in die Hand des Bischofs zu legen. Art. 4. Für das Verhältnis der Fakultät und ihrer Mitglieder an der Kirche und den höchsten Autoritäten sind die Bestimmungen maßgebend, welche für die katholisch-theologischen Fakultäten in Bonn und Breslau gelten. Art. 5. Wird durch die kirchliche Behörde der Nachweis erbracht, daß ein Professor wegen mangelnder Theologaligkeit oder wegen anderer Verhältnisse gegen die Erfordernisse priesterlichen Amtes zur weiteren Ausübung seines Amtes als unfähig anzusehen ist, so wird die Regierung für einen abschließenden Erlass sorgen und die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, daß seine Befähigung an den Behörden der Fakultät aufhört.“

* Der Kaiser bereitet am Sonnabend Nachmittags ein. Zur Frühstückstafel bei den Majestäten wegen geladene Gäste.

minister v. Bobelski und Legationsrat Frhr. v. Oppenheim. Zur Abendstafel waren keine Einladungen ergangen. Sonntag Vormittag unternahm eine Majestäten mit den anwesenden Prinzen-Söhnen und Prinzessin-Zocher einen Spaziergang über das Belvedere, die Drangerie und durch den Park von Sanssouci. — Zur Frühstückstafel war Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg geladen. Montag Morgen hörte der Kaiser die Vorträge des Stellvertreters des Chefs des Zivilkabinetts, Geh. Ober-Regierungsraths v. Valentini und des Finanzministers Frhr. von Heinebrenn und empfing Johann den Geheimen Kommerzienrat Sparmann-Dresden und den Finanzrat Saugessen in Angelegenheit der testamentarischen Bestimmung des verstorbenen Wirk. Geh. Rath's Krupp betreffend die Fortführung der Krupp'schen Werke. — Der Kronprinz und die Prinzen Eitel-Friedrich und Walther trafen Sonntag 1/8 Uhr in Wildpark ein und begaben sich nach dem Neuen Palais. — Die kaiserlichen Prinzen August und Oskar trafen am Montag Abend 9 Uhr auf Wildparkstation, von Plön kommend, ein und hoben sich nach dem Neuen Palais begeben.

*** Kaisertelegramm.** Auf das vom Ausführender Braunschweigischen Landesverwaltungsamt anlässlich des Stapellaufes von S. M. S. „Braunschweig“ an den Kaiser gerichtete Telegramm ist, wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ mitteilt, folgende Antwort des Kaisers eingetroffen:

„Dem Ausführender der Landesverwaltungsamt des Herzogtums Braunschweig spreche ich für die anlässlich des Stapellaufes meines Schiffes „Braunschweig“ mir zugegebene patriotische Bestimmung meinen besten Dank aus mit dem Wunsch, daß das schöne Schiff auf vielen glücklichen Fahrten, seinen stolzen Namen zum Ruhme, Deutschlands Ehre weihen möge.“

Auf ein aus demselben Anlaß vom Magistrat der Stadt Braunschweig an den Kaiser gesandtes Ergebenheitstelegramm ist dem Magistrat folgende Antwort zugegangen:

„Dem Magistrat der Stadt Braunschweig spreche ich für die Kundgebung reiferer Bestimmung aus Anlass des Stapellaufes meines Schiffes „Braunschweig“ besten Dank. Wisse der ehrende Name dem Schiffe glückseligen sein und der Anmuthung, es in seinen glücklichen Schicksal nehmen zu des Vaterlandes Zeit und Ehre!“

*** Der kaiserliche Hofhalt** wird nach den bis jetzt getroffenen Dispositionen gleich nach dem Neujahrstfest von Wildpark in das königliche Schloß zu Berlin überföhren. Im Schloß werden daher schon jetzt die erforderlichen Vorbereitungen getroffen.

*** Das Krönungs- und Ordensfest im königlichen Schloß** wird in diesem Winter, da der 18. Januar 1903 ein Sonntag ist, am dem Tage der Stiftung des höchsten priesterlichen Ordens abgehalten werden. Bekanntlich findet das Ordensfest stets an einem Sonntag statt, da hierzu aus allen Theilen des Reiches Gäste geladen werden. Am Tage vorher, am 17. Januar, findet die Anweisung der Krönungsritter für diesen Winter statt, und damit wird die Heiter der Hoffeste für diesen Winter eröffnet. Auch in diesem Winter wird die „große Cour“ auf zwei Tage vertheilt: am ersten Tage für Damen und alle Herren vom Hof und am zweiten Tage für Militär. Alle werden in diesem Winter vier stattfinden. Der Subscriptionsall im königlichen Opernhaus dürfte voraussichtlich am 11. Februar abgehalten werden.

*** Befinden des Königs von Sachsen.** Die Besserung in dem Befinden des Königs macht erfreuliche Fortschritte. Se. Majestät hat während der Nacht zu Montag ruhig geschlafen. Fiebererscheinungen sind nicht wiedergetreten, und der Kaiser hat wesentlich abgenommen. Der frühere Gouverneur von Neu-Venedig, v. Saganitz, verläßt am heutigen Dienstag die Heimat und begibt sich nach Deutsch-Südwestafrika zur Übernahme seiner neuen Stellung als Direktor der Kolonial-Gesellschaft. Herr v. Saganitz wird sich ein halbes Jahr in Africa aufhalten und die Befehlsgewalt über das Gebiet des südwestlichen Afrikas übernehmen.

*** Art et die Ehre verdient.** Dem Ministerialdirektor im Außenministerium, Graf von Helldorf, ist der Kronorden 1. Klasse verliehen worden. Diese hohe Auszeichnung dürfte wegen seiner Mitwirkung bei dem Abschluß der Verhandlungen über die Errichtung der katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg erreicht worden sein.

*** Folgendes Stimmungsbild aus der heftigen Abgeordnetenkammer** entwirft das „Frankfurter Volksblatt“: „Zugewandert für den 16. Dezember 1902: Beratung über eine an der Reichstags- und richterliche Adresse als Antwort auf die Adresse. Die Abgeordneten vernehmen sich. Da erscheint der Hof-Socialist Ulrich (den der Großherzog belanntlich bei einer parlamentarischen Bestätigung in die Unterabteilung gezogen hat) im Laufe. Ulrichsfrüher erinnert man sich an die Zeichen der Hoffert in Reichstags, mit denen der Name Ulrich für immer verbunden sein wird! Und siehe da. Von allen Parteien drängen sich Vertreter des Volkes um den Herrn Ulrich, beglückwünschen ihn und wünschen ihm die höchste Rechte! Der Herr Kollege gerührt, die Nebenwichtigkeiten freundlich entgegenzunehmen und befreit dem gewöhnlichen Schritte den ihm als Mitglied des Bureau des Präsidenten zuzuföhren. Die Sitzung wird eröffnet. Der Präsident befiehlt, daß der Abgeordnete Dr. (Sag.) nach den verfassungsmäßigen Eid zu leisten habe. Der Sag. Dr. tritt vor und schwört. Der Herr Kollege, Schorforn der Befragung. Runderthaler, die Kammer in die Zugewandert eine Herr Ulrich, erhebt sich, um dem Herrn Ulrich, und alle beschreiben sich am Sitzungsaal, denn — die Adresse an den Großherzog wird zu beraten! Die Adresse wird angenommen, Herr Ulrich tritt wieder den Saal und nimmt seine

„Pflicht“ als Sekretär wieder wahr. Demnach wird wieder Ministerien sein und es wird vielleicht vorher verhandelt werden, daß „kein bösserer Brum“ einsetzt wird. Damit Herr Sag. Ulrich aus mitteilen und mitteilen kann!“

*** Ja, wir haben herrlich weit gebracht!** *** Adresse deutscher Truppen aus Shanghai.** „Daily Mail“ meldet aus Shanghai: Offizieren haben zwei Kompanien deutscher Truppen Shanghai verlassen; die eine geht nach Deutschland, die andere nach Kanton.

*** Erlaubniß für Zensurabstufung.** Der Reichstag theilt unter Bezug auf die antike Abstufung des großherzoglichen Reichsanwaltes, wonach die Erlaubniß für die Reise nach Zensur und der Oranienkolonie nur nach den kaiserlichen Befehlen ausgestellt werden, mit, daß es den deutschen Reichsangehörigen freisteht, zur Ermittlung der Erlaubniß die Bewilligung der für die Landungsstellen in Gebiete zugehörigen kaiserlichen Konsulatsbehörden in Anspruch zu nehmen.

*** Neue Bergakademie?** In Regierungsstellen soll nach einer Meldung des „Sannov. Cour.“ aus Düsseldorf die Absicht bestehen, eine Bergakademie für den Ruhrbezirk ins Leben zu rufen.

*** Aus dem Reichstage.** Über den Regierungsentwurf zu einem neuen Schutzzehse für die Werke der Photographie ist in den Kreisen der Beteiligten ein Streit entbrannt. Der Reichstagspräsident Dr. Engelke hat in einer an den Reichstagspräsident gerichteten „Korrespondenz“ eine Reihe von Bedenken gegen den Entwurf erhoben und der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Portrait-Photographen von dem neuen Gesetz gegenüber dem geltenden keinerlei Vortheil haben würden. Der Deutsche Photographenverband, der seinen Sitz in Weimar hat und dessen Vorsitzender Herr Dr. Bruno Meyer, hat den Reichstagspräsidenten für den Regierungsentwurf begünstigt, weil in einer Eingabe an den Reichstagspräsident und an den Reichstag der Aufhebung des Reichstagspräsidenten entgegen.

*** Zur Reichstagswahl in Danzig.** Die Vertrauensmänner der Nationalliberalen Partei in Danzig veröffentlichten eine Aufforderung an ihre Gewählten, bei der bevorstehenden Reichstags-Wahlwahl für die Kandidaten der freien Vereinigung, Radikale, Kommunisten, zu stimmen. Die Centralpartei will Wahlenthaltung abgeben. Das Wahlkomitee der Centralpartei hat beschlossen, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten abzugeben und absolute Wahlenthaltung zu proklamieren.

Venezuela.

Wenn der Londoner „Daily Express“ sich aus Washington melden läßt, Staatssekretär Sag hofft, Deutschland werde seine Vorbehalte bezüglich des Schiedsvertrages aufheben, so sei darauf hingewiesen, daß diese Vorbehalte nicht von Deutschland allein erhoben werden, sondern in einem in einem von der deutschen und holländischen Regierung.

Nach einem Berliner Telegramm der „Associated Press“ äußerte sich Reichstagsminister Graf v. Bülow kürzlich über die venezolanische Frage wie folgt:

Unter den deutschen Forderungen gegen Venezuela haben wir die aus den letzten venezolanischen Bürgerkriegen sich ergebenden vorangestellt. Diese Forderungen haben nicht den Charakter bloßer von der Republik auf geschäftlichem Wege eingegangener Schuldverpflichtungen, sondern erweisen sich als Gewaltthaten, die gegen deutsche Staatsangehörige in Venezuela begangen worden sind, sei es durch Zwangsarbeiten oder durch Beschlagnahme von Vieh ohne jede Befugnis oder durch Plünderung deutscher Häuser und Besitzungen. Für diese Gewaltthaten war keinerlei Abhilfe von der venezolanischen Regierung zu erlangen, da diese sich rundweg weigerte, die Frage durch diplomatische Verhandlungen zu regeln. — Infolgedessen war die Befehlsgewalt der Regierung zu ihrem eigenen Bedenken gezwungen, die Angelegenheit in ihre eigenen Hände zu nehmen. Der erste als Zwangsmaßnahme gegen Venezuela gethane Schritt war die Beschlagnahme seiner Kriegsschiffe. Da diese Maßnahme keine unmittelbare Wirkung brachte, planen wir nunmehr die Blockade der venezolanischen Häfen. — Die Blockade wird den Charakter einer Kriegsblockade haben und daher keinen Unterschied hinsichtlich der Nationalität Neutraler machen, in dessen befristeten wir nicht, eine formelle Kriegserklärung zu erlassen, da Deutschland und England für jetzt nur übereingekommen sind, die Häfen zu blockieren und keine weiteren Maßnahmen feindseligen Charakteres gegen Venezuela zu ergreifen, außer im Falle eines unerwarteten Anlasses. Wir bedauern die Notwendigkeit einer Blockade und werden über Sorge tragen, daß durch dieselbe dem neutralen Handel so wenig Ungelegenheit und Störung als möglich verursacht werden wird. Natürlich haben wir nicht die geringste Absicht, irgendwelche Gebietsveränderungen in Venezuela zu machen. In dieser Beziehung hat die Regierung der Vereinigten Staaten bereits von Konventionen und Erklärungen bestimmter Art erhalten. — Wir sind der Regierung der Vereinigten Staaten für die Wähe dankbar, die sie aufgewendet, um eine Befreiung durch Schiedsverfahren zu Ende zu bringen. Wir denken, daß man auf diesem Wege zu einer stilligen Vereinbarung kommen dürfte.

Dem Divisionschef unserer ohameritanischen Kreuzerdivision Scheber ist jetzt durch Allerhöchste Kabinetsordre ein Divisionsstab in der Stärke beigegeben



worden, wie wir ihn bereits vor einigen Tagen mittheilen konnten. Und zwar sind erannt: Kapitänleutnant von Lovelock, bisher Admiralfahrigoffizier, des ältesten Offiziers der osterreichischen Station, als Admiralfahrigoffizier; Leutnant zur See von Voigt vom Stabe des großen Kreuzers „Vinceta“ als Fahrgelantant; Marine-Oberingenieur Otto (August) als Divisionsarzt. Die gelammte Blodabalinie, welche namentlich die deutschen und englischen Kriegsschiffe in den venezolanischen Küstengewässern eingenommen haben, beträgt gegen 800 Seemeilen oder 300 deutsche Meilen. Nur der dritte Theil dieser Ausdehnung entfällt auf die deutschen Schiffe, da ihnen die Aufrechterhaltung der Blockade der beiden wichtigsten venezolanischen Häfen Maracaibo und Puerto Cabello zufällt. Divisionsarzt Scheer hat sich nach vorliegenden Meldungen bei dem Infanterie-Regiment der Blockade am 20. d. Mts. mit der „Vinceta“ noch nicht direkt an der Blockadeausführung beteiligt, da er sich zu Sonderzwecken am Ende der vorigen Woche von Curacao nach Port of Spain auf Trinidad begeben hatte. Dagegen waren die Schiffe „Gazelle“, „Halle“, „Panther“ und „Storch“ bereits mit der Erklärung der Blockade in den ihnen zugewiesenen Gebieten. Gerade für die Blockade von Maracaibo und dem gleichnamigen Meerbusen eignen sich unsere Flotten und nur nachgehenden Kreuzer von 3 bis 4 Meter Tiefgang befähigt.

Den Vorkämpfern der Vereinigten Staaten in Berlin und London wurden am Montag ausführliche Notizen über die Stellung Deutschlands und Englands gegenüber der Schiedsgerichtsangelegenheit in dem venezolanischen Konflikt überreicht. Die Notizen äußern sich zugleich eingehender über die von beiden Regierungen gemachten Vorbehalte hinsichtlich des Schiedsverfahrens und sind vorher von den Regierungen vereinbart, so daß sie im Wesentlichen durchaus übereinstimmen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Nachrichten aus Washington zufolge hat der Präsident der Vereinigten Staaten die Mittheilung der deutschen und der englischen Regierung, daß sie unter gewissen Vorbehalten bereit seien, auf ein Schiedsgericht einzugehen und das Schiedsgericht dem Präsidenten Moorefeld anzubieten, der venezolanischen Regierung zur Kenntniß gebracht und um Ausrufung gebeten, ob sie damit einverstanden ist. Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, wird die Antwort der italienischen Regierung betr. den Schiedsvertrag des Präsidenten Moorefeld, die gleichlautend mit der Antwort Deutschlands und Englands ist, morgen dem 10. d. Mts. dem Vorkämpfer der Vereinigten Staaten übergeben werden. „New-York Journal“ aus Caracas soll Präsident Castro plötzlich von einer geheimnißvollen Krankheit ergriffen sein.

Ungland.

Oesterreich-Ungarn.

Zwischen Oesterreich und Ungarn liegt folgende Mittheilung des ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus aus Wien vom 21. d. Mts.: Vor die Ministerpräsidenten v. Szell und v. Körner sowie die Finanzminister v. Lutzak und Böhm v. Bauer haben heute Vormittag eine dreistündige Konferenz abgehalten, in welcher die gesamten Angelegenheiten einer eingehenden Besprechung unterzogen wurden. Nachmittags hatte v. Szell eine Besprechung mit dem Minister des Auswärtigen Grafen Kolowichow über die Kündigung der Weingölzhandel und die Fragen der Handelsverträge. Darauf wurde v. Szell von dem Kaiser in einleitender Audienz empfangen. Im Laufe des Nachmittags erschienen v. Körner und Böhm v. Bauer bei v. Szell, um eine neue Beratung stattfand. Wie es scheint, wird eine nochmalige Zusammenkunft der Minister notwendig sein, damit die Lage eine vollständige Klärung erlaube. Finanzminister v. Lutzak ist heute Nachmittag, Ministerpräsident v. Szell heute Abend nach Budapest zurückgekehrt.

Italien.

Italienisch-deutsche Klammern.
Der Senat genehmigte ohne Debatte das italienisch-deutsche Abkommen zum Schutze des gemeinsamen Eigentums und vertagte sich alsdann auf unbestimmte Zeit.
Belgien.
Textilien in China.
Beim Reichstagesanfang der Abgeordneten Versammlung wird König Leopold beauftragt, daß es ihm gestattet ist, von China Textilien für belgische Siedlungen beschaffen zu lassen. Im Zusammenhang mit dieser Aenderbewegung in China durch Belgien liegt die Erwähnung eines chinesischen Gegenstandes am belgischen Hof, der jedoch sein Amt antastet.

Serbien.

Rebels König.
Der König beantwortete einem aus Anlaß seines Patronatsfests am Nikolaustag von Metropolit von der König und die Königin angebrachten Ehrlichpunkt mit einer Rede, in welcher er ausführte, sein bester Wunsch sei, sein Volk glücklich und zufrieden zu machen, im Lande mehr Recht und Gerechtigkeit herzustellen, unter deren Schutze alle Bürger leben sollten. Er dann ging der König auf die in der letzten Zeit über die Kronprinzessin in Umlauf gekehrten Gerüchte über und sagte: „Wenn auch diese Angelegenheit durch meine früheren Erklärungen von der Tagesordnung abgeleitet wurde, giebt es dennoch Leute, welche die Gache in unendlicher Weisheit immer wieder in den Vordergrund schieben. Immer wieder wird behauptet, der König und die Königin wollten die Lösung dieser Frage unterliegen, trotzdem ich wiederholt erklärte, daß bereit sein Grund zum Auftritte dieser Angelegenheit vorliegt und daß ich, falls sich die Notwendigkeit erweist, diese Frage nur in voller Uebereinstimmung mit meinem Volke ihrer Entscheidung überlassen würde.“

Ungarn.

Parlamentsbeginn.
Der König eröffnete gestern die Session des Parlaments mit einer Thronrede, in welcher er auf die Nothwendigkeit bedeutender Reformen hinwies.

Italien.

Gegen die Fremden.
In englischen Blättern werden neuerdings Nachrichten über angeblich zu erachtende neue fremdenfeindliche Urkunden in China verbreitet. Eine den „North China Daily News“ aus Schanghai zugegangene Nachricht, die von London übermittelt wird, besagt, daß der frühere Zaren-General Zunguh-fiang einen großen Vorstoß mit 10000 Mann Truppen vorbereite; er laufe große Mengen Getreide und Viehfutter an und stehe in beständiger Verbindung mit dem in der Provinz Kanfu befindlichen Prinzen Yuan. 4000 Mann Truppen, die auf kaiserlichen Befehl aufgestellt wurden, seien unterwegs, um zu Zunguh-fiang zu stoßen. Dem „Standard“ wird in der gleichen Angelegenheit aus Schanghai gemeldet: Eine große Anzahl Zunguh-fiang pläne bis Verdrängung aller Ausländer in Schanghai und Kanfu und wolle sich der Hauptstadt von Schanghai, Peking, bemächtigen. Von fremdenfeindlichen chinesischen Beamten in Kanfu werde beabsichtigt, den Ausländern der Rath zu geben, die Provinz zu verlassen, da Ururgen bevorstünden.

Zur Humbert-Affäre.

Die Wohnung der Familie in Madrid hatte Dommain Laurinaque gemietet, der sich dem Namen Carlos Blanco begeben hatte und aus dem Rechte der Verleumdung in der Angelegenheit der Humbert-Affäre befragt. Er hat einen Journalisten folgenden Mittheilungen gemacht: „Wir sind am 9. Mai in Madrid eingetroffen. Unter der Menge der Besucher, die zu der Krönung des jungen Königs herbeizuströmen, wurde es uns möglich, unbekannt durchzuzugleiten. Die Zeitungen haben über unsere Verhältnisse die prägnantesten Beschreibungen veröffentlicht. Wir sind wieder in Spanien, noch in Gorce, gewöhnlich denn in Anseitz gewesen. Am Abend führen wir von dem Bahnhof am Quai d'Orléans direkt nach Madrid, wo wir in der Calle Alcaizo zwei Zimmer für 60 Pies monatlich mieteten. Am Tage der Krönung wurden wir dem Linien durch die Stadt bei, die wir in einem Renner an einer der Straßen, die der Zug passierte, gemietet. Am 4. Juli zogen wir nach der Calle Petras; wir haben in Madrid nie einen Zwischenstopp gehabt; ich befragte alle Gänge und Einfänge.“ Die Familie war ganz gut eingekleidet und hatte seine Speisen in Vorrath, dazu silbernes Besteck. Frau Humbert hat dem Madrider Privatier des „Tamps“ erklärt, nichts läge ihr ferner ihren Angehörigen mehr am Herzen, als sich vor der französischen Justiz zu verantworten und die Leute, die ihr „Unschuld“ verurtheilt hätten, besonders den Anwalt des Königs Gattani, zu ergreifen. Die Schwindlerin, welche als feineswegs geboren zu sein, sondern den Kampf trotz der für sie sehr ungünstigen Umstände selbst fortsetzen zu wollen. Die alte Frau Humbert, die Witwe des ehemaligen Justizministers und Mutter Friedrichs, ist durch die Kunde von der Beschaffung der Schwindlerin außer Heftigkeit erschütterter worden. „Mein Mannverthum soll also nicht ohne Begnügen“ sagte sie. „Die Schwindlerin darauf die kranke Gerücht ihres Sohnes, der von seiner Unmündigkeit Frau erkrankt wurde und wie ein Hinfälliger lebte. Man hat mir letzthin erzählt, daß er oft die Hintertreppe für die Dienstboten benutzte, um nur nicht die Leute, die seine Frau empfangen zusammenzutreffen.“ Sie fuhr die alte Frau fort. „Mich verängstigte kein kranke Gerücht, mich verängstigte nur die Kunde, deren Kunde ich nicht hatte, daß er Tages für ich in Gegenwart seiner Frau, weshalb er so traurig dreinsah.“ Friedrich, fiel diese ein, „sag Deiner Mutter, daß Du glücklich bist.“ „Ich wäre sehr glücklich“, sagte er darauf, „wenn Du Dich nur weniger mit Beschäftigung abgäbe.“

Baron Alexander lassen sich nach aus Madrid melden, daß die Familie sich in Madrid mit Borzellan und Silber versorgt, aber kein Hausmädchen und keine Köchin gemietet hatte. Dommain Laurinaque wußte die Teller ab und Thiere Humbert hatte. Während die Deputierten in der Reichsversammlung sich um die Affäre Humbert bemühten, wußte der Kaiser nicht, was für ein Verbrechen vor sich lag. Der Kaiser wußte nicht, was für ein Verbrechen vor sich lag. Der Kaiser wußte nicht, was für ein Verbrechen vor sich lag. Der Kaiser wußte nicht, was für ein Verbrechen vor sich lag.

Ueber den „Anonymus“ in Madrid, der die Behörden beschuldigt auf die Spur der Humberts gebracht hat, wird aus Madrid, 22. Dezember, noch weiter gemeldet: Vorgerichtet der hiesige Hofrichter Kranzschke ein anonymes Schreiben, das die Worte enthielt: „Die Humberts wohnen Calle Petras 33 in Madrid.“ Der Hofrichter überwies das Schreiben dem Hofratz Lebardeur, der wiederum dem Civilprocurator benachrichtigte. Die gemeinsame Besprechung bewies später, daß der Anonymus gut informiert war. Götter fand sich der geheimnißvolle Herr in der französischen Hofgesellschaft ein, nachdem er Schriftproben abgegeben hatte, nach der Ansicht seine Ueber seine heimliche Verbindung von 25 000 Francs bürgte ihm zu stellen. Er verlangte vorläufig noch sein Votum zu erhalten. Wie der „Anonymus“ zu seiner wichtigen Entscheidung kam, geht aus folgendem Barier Telegramm hervor: Der mittelbare Herr Humbert, das unbedeutende Mitglied der Familie, erstattete seine Verurtheilung in einem Schreiben nach der Provinz del Sol in Madrid zwei Personen neben mir am Tische. Sie stifteten miteinander, indem sie meine Physiognomie mit einem Journalisten verglichen. Demals ließ ich mir von Madame, welcher ein Unbefangener ist, den Rath abschreiben. Madame wollte an mir, da ich ein hiesiger, sehr charakteristischer Herr war, in unbedeutende Hände gerathe. Ueber seine heimliche Verbindung sagte er: „Ich werde vortheilhaftlich mit dem Barier-Verbrechen verfahren.“ Der Kommitterte Herr, der die Humberts eintraf, wurde der Hofrichter, der Hofprocurator von König und der Infantin Isabella beschuldigt.

In Paris fuhrte am getrigen Montag Abend das freilich sehr ungläubwürdige Gerücht, die Familie Humbert sei von Neuem entwichen. Die Wahrheit befreit das Hofprocurator, worin die Namen aller Personen verzeichnet sind, die sie tonnenmäßig mit.

Die Pariser Zeitung „Liberte“ verzeichnet das Gerücht, daß der Generalprocurator Annot die Mithridid gelehrt habe, selbst die Anklage gegen die Humberts zu vertreten. Annot war von nationalistischen Blättern hundertfachiger Beziehung zu Humberts verdächtigt.

Aus Rath und Fern.

Von der Kronprinzessin von Sachsen. Das „Dresdener Journal“ meldet: Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit die Frau Kronprinzessin hat in der Nacht vom 11. auf den 12. d. Mts. in einem angedehnten krankhaften Zustande kaiserlicher Erregung Salzburg pflichtig verlassen und sich unter Abbruch aller Beziehungen zu höchstehenden Dresdener Angehörigen ins Ausland begeben. Am Königlichen Hofe sind für diesen Winter alle größeren Festlichkeiten abgeleitet worden, auch der Neujahrsempfang wird nicht stattfinden.

Verhaftungen in der Darmstädter Baukassette. Der aus Berlin flüchtige Deputationsminister der „Darmstädter Bank“, Maximilian Heller, wurde am Montag in einem Hotel in Brannen, Anton Strasse, durch die schweizerische Staatsanwaltschaft verhaftet. Er ist gefänglich. — Wie wir mittheilen, fand die Berliner Bankfirma Siegfried Braun mit dem Defraudanten Heller, der die Darmstädter Bank um nahezu 700 000 Mark geschädigt hat, in Geschäftsverbindung. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet, und der Unternehmer Herr Hermann Braun, wurde am Samstag, Nacht um 12 1/2 Uhr, als er sich in den Bureau der Darmstädter Bank befand, verhaftet, jedoch nach der ersten Vernehmung ohne Kaution sofort wieder auf freien Fuß gesetzt.

Der Kaiser von Oesterreich begiebt sich nach Italien, regnerischer Wetter am 24. Dezember zum Weihnachtsfeste zu seiner Tochter, der Kaiserin Maria Theresia, nach Genua. Die Kaiserin, die von der Donau Genua ist zu schließen, daß der Kaiser von seinem Privatleben vollständig befreit ist. Nach den Feiertagen kehrt er sofort nach Wien zurück, um den kaiserlichen Minister Grafen Lambsdorff zu empfangen. — Ueber eine Verlobung in Genua Lombardie geht uns folgende Depesche aus Vercelli zu: Die Verlobung des Kaisers mit der Kaiserin Friederich, Tochter des Königs von Spanien, wurde am 24. d. Mts. in Madrid bekannt gemacht.

Die zwanzigjährige Prinzessin ist die zweite Tochter des Erzherzogs Friedrich, Kommandant des 5. Armeekorps, Kommandirende General in Freiburg ist. Der päpstliche Nuntius erwidert dem herzoglichen Prinz Parma der Bourbonen und ist ein Sohn des Herzogs Robert von Parma, Prinzen von Spanien.

Ungewöhnlich in Nordamerika. Ein auf der Fahrt von San Francisco nach Los Angeles befindlicher Zug wurde in der Nähe von Galifornia von einem nachfolgenden Zuge angefahren. 28 Personen wurden hierbei getödtet.

Erwidertes Wörter. Wie die „Wiener Zeitung“ aus Ostrow erzählt, ist der Raumbühnen-Leichtbau in Kattich verfertigt worden. Der Raumbühnenbau über das Berliner Theater in Kattich nach dem Entwurf von einem nachfolgenden Zuge angefahren. 28 Personen wurden hierbei getödtet.

Ein Reichstags-Beitrag. Die „Wiener Zeitung“ aus Ostrow erzählt, ist der Raumbühnen-Leichtbau in Kattich verfertigt worden. Der Raumbühnenbau über das Berliner Theater in Kattich nach dem Entwurf von einem nachfolgenden Zuge angefahren. 28 Personen wurden hierbei getödtet.

Ein Reichstags-Beitrag. Die „Wiener Zeitung“ aus Ostrow erzählt, ist der Raumbühnen-Leichtbau in Kattich verfertigt worden. Der Raumbühnenbau über das Berliner Theater in Kattich nach dem Entwurf von einem nachfolgenden Zuge angefahren. 28 Personen wurden hierbei getödtet.

Ein Reichstags-Beitrag. Die „Wiener Zeitung“ aus Ostrow erzählt, ist der Raumbühnen-Leichtbau in Kattich verfertigt worden. Der Raumbühnenbau über das Berliner Theater in Kattich nach dem Entwurf von einem nachfolgenden Zuge angefahren. 28 Personen wurden hierbei getödtet.

Ein Reichstags-Beitrag. Die „Wiener Zeitung“ aus Ostrow erzählt, ist der Raumbühnen-Leichtbau in Kattich verfertigt worden. Der Raumbühnenbau über das Berliner Theater in Kattich nach dem Entwurf von einem nachfolgenden Zuge angefahren. 28 Personen wurden hierbei getödtet.

Ein Reichstags-Beitrag. Die „Wiener Zeitung“ aus Ostrow erzählt, ist der Raumbühnen-Leichtbau in Kattich verfertigt worden. Der Raumbühnenbau über das Berliner Theater in Kattich nach dem Entwurf von einem nachfolgenden Zuge angefahren. 28 Personen wurden hierbei getödtet.

Ein Reichstags-Beitrag. Die „Wiener Zeitung“ aus Ostrow erzählt, ist der Raumbühnen-Leichtbau in Kattich verfertigt worden. Der Raumbühnenbau über das Berliner Theater in Kattich nach dem Entwurf von einem nachfolgenden Zuge angefahren. 28 Personen wurden hierbei getödtet.

Ein Reichstags-Beitrag. Die „Wiener Zeitung“ aus Ostrow erzählt, ist der Raumbühnen-Leichtbau in Kattich verfertigt worden. Der Raumbühnenbau über das Berliner Theater in Kattich nach dem Entwurf von einem nachfolgenden Zuge angefahren. 28 Personen wurden hierbei getödtet.

Ein Reichstags-Beitrag. Die „Wiener Zeitung“ aus Ostrow erzählt, ist der Raumbühnen-Leichtbau in Kattich verfertigt worden. Der Raumbühnenbau über das Berliner Theater in Kattich nach dem Entwurf von einem nachfolgenden Zuge angefahren. 28 Personen wurden hierbei getödtet.

Ein Reichstags-Beitrag. Die „Wiener Zeitung“ aus Ostrow erzählt, ist der Raumbühnen-Leichtbau in Kattich verfertigt worden. Der Raumbühnenbau über das Berliner Theater in Kattich nach dem Entwurf von einem nachfolgenden Zuge angefahren. 28 Personen wurden hierbei getödtet.

Ein Reichstags-Beitrag. Die „Wiener Zeitung“ aus Ostrow erzählt, ist der Raumbühnen-Leichtbau in Kattich verfertigt worden. Der Raumbühnenbau über das Berliner Theater in Kattich nach dem Entwurf von einem nachfolgenden Zuge angefahren. 28 Personen wurden hierbei getödtet.

Ein Reichstags-Beitrag. Die „Wiener Zeitung“ aus Ostrow erzählt, ist der Raumbühnen-Leichtbau in Kattich verfertigt worden. Der Raumbühnenbau über das Berliner Theater in Kattich nach dem Entwurf von einem nachfolgenden Zuge angefahren. 28 Personen wurden hierbei getödtet.

Ein Reichstags-Beitrag. Die „Wiener Zeitung“ aus Ostrow erzählt, ist der Raumbühnen-Leichtbau in Kattich verfertigt worden. Der Raumbühnenbau über das Berliner Theater in Kattich nach dem Entwurf von einem nachfolgenden Zuge angefahren. 28 Personen wurden hierbei getödtet.

Ein Reichstags-Beitrag. Die „Wiener Zeitung“ aus Ostrow erzählt, ist der Raumbühnen-Leichtbau in Kattich verfertigt worden. Der Raumbühnenbau über das Berliner Theater in Kattich nach dem Entwurf von einem nachfolgenden Zuge angefahren. 28 Personen wurden hierbei getödtet.

